

Markt und Staat in der internationalen Finanzkrise

1. Über die Ursachen

Die internationale Finanzkrise ist kein Ausdruck des Marktversagens oder gar eine Krise des „Kapitalismus“, sondern – unter dem Druck populistischer Politiker – insbesondere durch die skrupellose Geldpolitik und Zinsmanipulation der amerikanischen Zentralbank verursacht. Der irregeleitete Markt schlägt nun zurück. Verzerrte Preise (falsche Zinssätze) schaffen verzerrte Strukturen. Wir haben ja heute kein „kapitalistisches“ Geld, das sich im Wettbewerb bewährt hätte, sondern ein staatsmonopolistisches Papiergeld, dessen Entstehungsgrund die Kriegsfinanzierung war; ein Geld, das überdies an keinen realen Wert (etwa Gold) gebunden ist und deswegen beliebig vermehrt werden kann. Erst seit 1914 und verstärkt seit 1971 (Kündigung der Dollarbindung an das Gold durch die amerikanische Regierung) haben die Finanzmärkte ihre Leistungsfähigkeit weitgehend eingebüßt. Schuldenkrisen, Aktiencrashes, Grundstückspreisverfall, Zahlungsbilanzprobleme, wild schwankende Wechselkurse, Inflation und Deflationen, Konkurswellen – all dies ist eine Folge nicht des „kapitalistischen“, sondern des ungedeckten Staatmonopol-Geldes.

Es ist nicht überraschend, dass das Versagen der Politik nun dem Markt in Schuhe geschoben wird und sich der Brandstifter nunmehr als Retter begrüßt sehen will. Phänomene wie „Kasino-Kapitalismus“ sind nur Sekundärwirkungen gegenüber dem politischen Primärversagen und übrigens auch dem Versagen des ausgefeilten staatlichen Regulierungssystems (EZB; Bundesbankgesetz; Kreditwesengesetz; Aufsichtsbehörden wie BaFin; gesonderte Lizenz, um überhaupt Bankgeschäfte tätigen zu können mit besonderen Befähigungsnachweisen, laufenden staatlichen Überprüfungen etc.).

Im Einzelnen können folgende „Verursacherkreise“ unterschieden werden:

Erster Kreis (Staat/Politik): Die zügellose Ausdehnung des im Umlauf befindlichen Geldes plus Zinsmanipulation („Politik des billigen Geldes“ bis fast Null). Nicht nur die FED, auch die EZB hat die Geldmenge extrem ausgeweitet (EZB um ca. 10 Prozent).

Wird der Zins zu niedrig festgesetzt, so ist der Anreiz zu sparen dahin, und die Verbraucher werden animiert, per Kredit schon zukünftiges Einkommen zu verkonsumieren. Gleichzeitig signalisieren der niedrige Zins und in die natürlich hohe Konsumnachfrage den Unternehmen ein scheinbar günstiges Umfeld, um in den Ausbau ihrer Produktionskapazität zu investieren. Damit ist die Grundlage für einen inflationären Boom gelegt. Ist dann die Verschuldungsgrenze erreicht, kommt es – gäbe es keine staatliche Notenbank – zum bereinigenden Zusammenbruch.

Zweiter Kreis (Banken): Das staatliche Mindestreservesystem führt dahin, dass die Banken mehr Kredite ausgeben können, als sie an Depositen verfügen, häufig das 10fache und mehr. So wurde die Menge vermeintlichen Kapitals bei zu schmaler Eigenkapitaldecke zusätzlich ausgeweitet.

Dritter Kreis (vor allem US-Banker): Es wurden neue Wertpapier-Arten erfunden („Verbrieftung“ von Krediten), bei denen Wertpapiere Ansprüche gegen Wertpapiere gewährten, die wiederum nur Ansprüche gegen Wertpapiere bedeuten, wobei erst am Ende der Kette dann eine

Sicherheit stand, zum Beispiel eine Hypothek.

Vierter Kreis: Angelsächsische **Ratingagenturen**, die alles das absegneten, indem sie – mit den Banken geschäftlich verbunden - faulen Finanzinstrumenten gute Ratings gaben und damit dazu beitrugen, dass weltweit Käufer irregeleitet wurden.

Der Staat, besonders der amerikanische Staat, hat seine Verantwortung gegenüber dem Geld, das er monopolistisch produziert, nicht gewahrt. Er wollte Sozialpolitik treiben: Jedem amerikanischen Bürger zinsvergünstigt sein Eigenheim ermöglichen. Und er wollte außerdem möglichst billig Krieg führen. Allein der Irak-Krieg ist für Amerika schon jetzt kostspieliger als der gesamte Zweite Weltkrieg.

Offizielle Inflationsindizes (gemessen am „Warenkorb“) sind irreführend. Die Inflation macht sich nämlich nicht sofort in den Konsumgüterkreisen bemerkbar, sondern zuerst in den sogenannten Vermögensgütern, also Aktien, Renten, Immobilien und/oder Rohstoffen, und springt erst von dort auf die Erzeuger- und die Konsumgüterpreise über. Die inflationierende Geldmenge schlägt sich so in den extremen Höhenflügen der Immobilien- oder Aktienpreise nieder, die im Warenkorb nicht berücksichtigt sind.

2. Die Kausalitäten nicht verwirren!

Eine Gefahr ist, dass „Systemgegner“ diese Kausalitäten verwischen und in verschiedenen Varianten glauben machen wollen, der Bereich staatlicher Regulierungen und Zuständigkeiten müsse sich nun auch gegen den angeblich grassierenden „Neo-Liberalismus“ durchsetzen, ja manche sprechen von einem post-neoliberalen Zeitalter und der „Rückkehr des Staates“. Sie übersehen, dass der Staat und nicht der Markt am Anfang dieser Krise stand – eben gerade jener „Primat der Politik“. Bedauerlich ist besonders, dass die herrschende Volkswirtschaftslehre (die „keynesianisch“ orientierte Makroökonomie) nicht dazu imstande war, diese Krise vorherzusehen, geschweige denn jetzt dazu in der Lage ist, sie zutreffend zu analysieren. Auch die großen Privatbanken wahrten im Wettbewerb miteinander nicht ihre politische und soziale Verantwortung. Neben einigen Wissenschaftlern wie Joachim Starbatty und weiteren Vertretern der Österreichischen Schule der Ökonomie waren es vor allem die privaten Praktiker, vor allem freie Anlageberater, die die Entwicklung vorhergesehen haben: von Claus Vogt, Bruno Bandulet, Roland Baader oder Walter Hirt an.

3. Familienunternehmer gegen Pseudo-Kapitalismus

„Die Familienunternehmer – ASU“ stehen in strikter Opposition zu jener Art „Kapitalismus“, der durch die skrupellose Schulden- und Zinspolitik der Regierungen ermöglicht wurde. Die Finanzen wurden der Ambition der Politiker auf kurzfristige Popularität („jedem sein Häuschen“, billige Kriegführung) geopfert. Die Familienunternehmer vertreten dagegen eine moralisch gebundene Marktwirtschaft im Sinne Erhards, was z. B. in diesem Fall strikte monetäre Disziplin, Achtung des Eigentums und strikte Haftung für Fehlentscheidungen auf allen Ebenen bedeutet. Es ist zu bemerken, dass die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ja gerade aus der Erfahrung mit disziplinloser, also inflationärer Geldpolitik und der Weltwirtschaftskrise hervorgegangen ist. Ihre Lehren wurden inzwischen – mit neuen Generationen – vergessen und so werden auch alte Irrtümer wieder begangen.

4. Bereinigungskrise unvermeidlich

Die durch falsche Preissignale verzerrte Allokation macht eine **marktwirtschaftliche Bereini-**

gungskrise unvermeidlich. Wir haben nur eine Wahl in der Form, in welcher sie stattfinden soll. Sie kann verzögert, aber nicht vermieden werden.

Dem Staat wird nun die Rolle als Feuerwehr zugetraut, und in der Tat ist er der entscheidende Akteur. Er bzw. die Regierenden tragen jetzt die Verantwortung dafür, dass die von ihnen verursachte Fehlentwicklung nicht in einem Chaos einzelner Länder, Verstaatlichungen und Protektionismus nach außen endet (wie nach 1929) – aber auch nicht mit einer Hyperinflation abschließt, die Massenenteignung und Vernichtung der Geldvermögen mit sich bringt. Gewiss ist, dass das Problem mit immer neuen Geldfluten [(fortgesetzte Niedrigzins- oder gar (USA) Nullzinspolitik, Staatsgarantien und Staatsbürgschaften für Banken und bedrohte Industrien, Konjunkturprogrammen aller Art einschließlich gratis verteilter Konsumgutscheine für alle, gar direkte Verstaatlichungen)] auf Dauer so wirkt wie wenn man ein Feuer mit Benzin löschen wollte. Die immer weiter gehende Aufblähung von Schulden und Geldmengen werden nur zur nächsten Blase führen, die dann mit umso größerem Lärm platzen wird.

5. Kurzfristige Maßnahmen:

- Um einen plötzlichen Kollaps des Finanzsystems oder doch einiger großen Banken zu verhindern, mag es zweckmäßig sein, das Vertrauen der privaten Anleger in die Kapitalmärkte (Verhinderung des Bankenruns) politisch zu stärken. Aber die Gefahr der Anwendung falscher Instrumente (wie in den USA) ist dabei groß. Panische politische Maßnahmen und die Flutung der Märkte mit immer noch mehr Geld sind kaum geeignet, das erschütterte Vertrauen wieder herzustellen. Selektives Vorgehen ist wichtig (keine allgemeine Sozialisierung der Verantwortung). Die bereinigende Wirkung des Marktes kann nur vernünftig **begleitet** werden, vor allem durch die Erleichterung der Anpassung für die betroffenen Industrien und Bürger. Verstaatlichungen von einigen großen Banken sind kaum möglich, ohne den Staatsbankrott zu riskieren (vgl. Island und Ungarn!).
- Vielleicht müssten die Zentralbanken in der Realwirtschaft sogenannte Kreditklemmen verhindern. Andererseits ist die vorsichtiger Kreditvergabe eine natürliche Konsequenz der vorausgegangenen Kreditexzesse und keineswegs „irrational“. Das eigentliche Problem sind die „faulen Kredite“, die auch dann noch nicht beseitigt sind, wenn der Staat sie aufkauft. Das Misstrauen der Banken gegeneinander ist ja durchaus sehr berechtigt, keine „Irrationalität“. Die politischen Einlagegarantien für Sparer sind im letzten natürlich von diesen selber zu bezahlen.
- Immer erneute Geldvermehrung, z. B. durch international koordinierte Zinssenkung der Zentralbanken ist, wie sich zeigt, kein ausreichendes Mittel zur Vertrauensbildung. Dies zeigt auch eindrucksvoll das japanische Beispiel! Die Reinigungskrise geht trotzdem weiter. Vielmehr hatte ja eben gerade diese Niedrigzinspolitik und Geldmengenexpansion die Krise herbeigeführt. Punktuelle Konjunkturprogramme – also Sondersubventionen für einzelne Branchen – sind nach aller Erfahrung untauglich und überdies ungerecht. Dann schon besser allgemeine Steuersenkungen, aber auf Dauer! Und verbunden mit einer Verbesserung der Steuerstruktur!

6. Die mittelfristige Perspektive:

- Entscheidend ist die Wiederherstellung von Haftung und Verantwortung der Handelnden für ihre Entscheidungen, **besonders auch auf der politischen Ebene**. Warum nicht – das Wichtigste - leichtfertige und gewissenlose Geldpolitik aus populistischen Gründen „krimina-

lisieren“? Zumindest öffentlich laut anprangern! (Davon ist derzeit - verständlicherweise - wenig zu vernehmen.)

Die Fehlanreize für Bankmanager sind zwar teilweise systembedingt, aber man könnte ihre schädliche Wirkung z. B. durch längerfristige Haftungsregelungen senken, die Macht der Eigentümer (Aktionäre) aufwerten und die mit Quartalsbilanzen verbundenen kurzfristigen Bonusregeln abschaffen.

- Ferner gilt das alte Deregulierungs- und Privatisierungsprogramm der Familienunternehmer jetzt mit zusätzlicher Aktualität: Deutschland hat das rigideste Arbeitsrecht der Welt, das besonders in Krisenlagen die Unternehmen außer Stand setzt, sich schnell anzupassen. Dies gilt namentlich für das Tarifrecht, aber auch das individuelle Arbeitsrecht, wie z. B. den Kündigungsschutz. Will man Massenpleiten und entsprechende Arbeitslosigkeit vermeiden, muss man vor allen den Unternehmen wieder mehr Bewegungsfreiheit zugestehen. Dies betrifft auch die Summe der bürokratischen Belastungen, den perfektionistischen, umweltpolitischen, sicherheitspolitischen, hygienischen etc. Auflagen. Stattdessen hat man ihnen gerade erst wieder in jüngster Zeit Einschränkungen der Vertragsfreiheit (sog. Antidiskriminierungsregeln) und klimapolitische Zumutungen aufgehalst.
- Es gehört dazu besonders auch ein zügiger Umbau unseres entgleisenden Umverteilungssystems, die Umstellung auf Kapitaldeckung, die Schaffung von Wettbewerb und Nutzerfinanzierung rundum! Unser Steuersystem ist wohl das bizarrste der Welt. Selbst Steuerfachleute sind ihm nicht mehr gewachsen. Wer durchhaut diesen Knoten, nach dem Ideal von Friedrich Merz' „Bierdeckel“-Modell?

7. Weitere wichtige Punkte

- Ferner ist zur Krisensicherung die Stärkung der Eigenkapitalquote von Unternehmen an eine weitgehende Rückkehr zu den Bilanzierungsregeln des HGB zu denken (statt der ständigen Neubewertung von Vermögenswerten)
- Stärkung der Eigenkapitalquote und damit auch einer erhöhten Krisenfestigkeit von Unternehmen, z. B. durch Wegfall substanzbesteuender Elemente (Erbchaftsteuer, Kostenbesteuerung im Rahmen der erweiterten Hinzurechnung in der Gewerbesteuer) sowie durch die sog. „Zinsschranke“ im Körperschaftsteuerrecht), insgesamt Überprüfung der Einzelmaßnahmen zur „Gegenfinanzierung“ der 2007 in Kraft getretenen „Unternehmersteuerreform 2008“. Außerdem wäre jetzt dringend eine auch effektive Nutzbarmachung der EK-förderlichen Steuerrechtsinstrumente geboten, wie der 2007 eingeführten „Thesaurierungsbegünstigung“ auch für Personengesellschaften nach § 34 a EstG.
- Man könnte beginnen mit der schnellen Abschaffung der „kalten Progression“, dieser schamlosen, ständigen Selbstbereicherung des Fiskus durch Inflation; auch die Senkung der Grenzsteuerbelastung, die Abschaffung des sog. Mittelstandsbauches, lässt sich zügig umsetzen.
(Vor 50 Jahren erreichte ein Einkommensteuerzahler den Spitzensteuersatz, wenn er rund das 20fache des Durchschnittseinkommens erzielte. Heute reicht das 1,7-fache, um in die Spitzengruppe der Einkommensteuerbelastung aufzusteigen!)

- Eine Neuorganisation der (staatlichen) Prüfungsorgane, die ebenso wie die sonstige Politik selber versagt haben (BAFIN).

Es ist überdies auffällig, dass besonders staatlich kontrollierte oder besessene Banken (IKW, KfW, Sächsische Lb, Westdeutsche Lb, Deka, Helaba usw.) betroffen sind. Die sie angeblich kontrollierenden Gewerkschaftler und Politiker haben dies nicht verhindert. Die Reihe dieser „Versager“ ist lang: Frank Bsirske, Michael Sommer, Klaus Matezki und Franz Josef Möllenberg (KfW) oder Ludwig Stiegler, Heidemarie Wiczoreck-Zeul, Matthias Platzeck, Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier(KfW). Gerhard Sonnleitner, Roland Koch, Michael Glos und Horst Seehofer haben dem Jahresabschluss der KfW zugestimmt. Wenn sich Peer Steinbrück und Oskar Lafontaine in der Kapitalismuskritik überbieten, dann wettstreiten zwei weitere Mitglieder eben dieses KfW-Verwaltungsrates miteinander! Man sollte die Verwaltungsräte professionalisieren.

- Das Allerwichtigste freilich ist die Sicherung unseres Geldes gegen die Politik und die Gier der Populisten. Wie erreicht man eine größtmögliche Unabhängigkeit der Zentralbank – jetzt EZB! – die sie widerstandsfähig gegen den Druck der Politik macht? Wie kann man die Versprechungen des Europäischen Stabilitätspaktes auf Dauer durchsetzen?

In diesem Zusammenhang ist auch Hayeks Konzeption einer „**Entpolitisierung des Geldes**“ zu erwähnen. Da die monopolistischen Staatspapierwährungen ständig missbraucht werden, warum auch hier nicht Markt und Wettbewerb einführen? Also gerade **mehr Markt als langfristige Konsequenz** aus dem Missbrauch des Währungsmonopols. Wie schützen wir unser Geld in Zukunft vor der Politik? Das ist die entscheidende Frage!

Der Staat hat eine Aufgabe im Geldwesen: er sollte nicht das Geld produzieren, wohl aber die Währung definieren und Regeln für die Solvenz von Notenbanken aufstellen. „Die Definition der Währung entspricht der Definition von Maß- und Gewichtseinheiten, die Überwachung von Notenbanken unserer heutigen Bankenaufsicht.“ (Wolfram Engels)
„Mehr Kapitalismus wagen“ sollte - mit Friedrich Merz – die Parole sein!

- Die besser aufgestellten, besser mit Eigenkapital ausgestatteten und vorsichtigeren Familienunternehmen werden weniger als andere an den beginnenden Turbulenzen leiden. Dies prädestiniert sie dazu, distanziert und unerschrocken die Lage zu analysieren und Empfehlungen zu geben. Wie es ein Privatbanker und Waldbesitzer sagte: Wir führen unsere Bank wie einen Wald. So handeln auch Familienunternehmer und so muss – erst recht – der Staat handeln.

Familienunternehmer treten für eine „**Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft**“ ein, für weniger Staat und nicht mehr, für echtes Eigentum, echtes Geld, strenge Haftungsregeln, mehr Selbstverantwortung und Wettbewerb, für den Eigentümersbürger statt für den Sozialuntertanen und „Mehr Netto“ rundum. Die „Soziale Marktwirtschaft“ war ja gerade die Konsequenz aus dem furchtbaren Staatsversagen der vorausgegangenen Jahrzehnte mit samt „Weltwirtschaftskrise“. Nachdem dieses konzeptionelle Erbe Erhards von seinen Nachfolgern verspielt worden ist, gilt nun, es wieder zu entdecken und – mit zeitgemäßen Anpassungen – für eine erneute Reform Deutschlands an Haupt und Gliedern fruchtbar zu machen.

Schokolade und Geld

Wer Kinder großgezogen hat, der weiß es: Nicht jede schwierige Situation kann mit Schokolade oder Geldscheinen gelöst werden. Um langfristig erfolgversprechende Erziehungsziele zu erreichen und Kindern die Chance zu geben, zu verantwortungsvollen Individuen heranzureifen, darf nicht immer nur der kurzfristig einfachste, bequemste Weg eingeschlagen werden. Manchmal muss es – kurzfristig – unbequem werden, für alle Beteiligten, Eltern und Kinder, um – langfristig – die Weichen richtig zu stellen.

Was hat die Kindererziehung mit den Finanzmärkten zu tun?

Sehr viel, denn was die Schokolade bei kleinen Kindern und der Geldschein bei Teenagern, das ist die durch Notenbanken bereitgestellte Liquidität für die Finanzmärkte. Die kurzfristige Wirkung ist süß und scheinbar sehr erfolgreich, langfristig fördert sie jedoch systematisch Fehlverhalten, dass zur Fehlleitung von Kapital führt.

(aus: Leuschel/Vogt – Das Greenspan-Dossier)

Wodka

Das Bild des Regenschirms, der die Finanzinstitute schützen soll, erweckt den Eindruck, die Regierung würde die Banken angesichts vom Himmel fallender Probleme nicht im Regen stehen lassen. Dieses Bild ist falsch. Die Geschäftsbanken fungieren als Transmissionsriemen des staatlichen Geldmonopols. Die Probleme liegen innerhalb, nicht außerhalb des Systems. Die Kreditklemme wird durch „Rettungspakete“ und Regenschirme verlängert. Zugleich ist die alternativlose Marktbereinigung der faulen Kredite durch immer neue Kredite lediglich aufgeschoben. Das Staatshandeln lässt sich mit einem Alkohollieferanten vergleichen: **Zuerst haben die Zentralbanken, allen voran die FED, zu einer Wodka-Party eingeladen. Am nächsten Morgen kommt für die betrunkenen Finanzinstitute der Kater, der auf übermäßigen Alkoholkonsum unweigerlich folgende Abbauprozess. Nun zeigen die Regierungen mit dem Finger auf die ausnüchternden Finanzinstitute und bieten ihnen zur Regeneration gleich flaschenweise Wodka an.**

Michael von Prollius